



Ausgabe 09

1. Dezember 2010

Inhalt >>>

- > Haushalt 2011 - es geht nicht ums Geld! 1
Rede von Martin Schulz
- > Zwischenbilanz der EU-Beitrittsverhandlungen 2
Wolfgang Kreissl-Dörfler
- > Bauern aufs Feld! 2
Ismail Ertug
- > Regionalförderung nach 2013 2
Kerstin Westphal
- > "Verbot von Heilpflanzen" 2
Kerstin Westphal
- > Zur Info: Zank um Lissabon 2

- >>> **Service**
- > Besuchergruppen 3
- > Kontakt 3

Haushalt 2011 - es geht nicht ums Geld!

Parlament fordert seine Rechte ein – Plenarrede von S&D-Fraktionschef Martin Schulz zur Krise beim EU-Haushalt

„Herr Präsident! Ich glaube, dass der Auslöser der Krise, in der wir sind, in Deauville stattgefunden hat. Ich glaube, dass in Deauville eine Vereinbarung getroffen worden ist, bei der der Staatspräsident von Frankreich und die Bundeskanzlerin ein Geschäft gemacht haben, und zwar mit David Cameron: Zustimmung zur Vertragsrevision für den Stabilitäts-pakt gegen Eingehen auf die Haushaltsforderungen des Vereinigten Königreichs.“

Es mag sein, dass ich mich irre, aber der Verdacht liegt nahe, und das ist ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich zu Lasten der Rechte des Europäischen Parlaments. Da darf man sich nicht wundern, wenn dieser Dritte, in diesem Fall diese Institution, das nicht mitmacht. (...)

Die britische Regierung testet zurzeit, ob sich der Rest Europas ihren Prärogativen unterwirft oder nicht. Und deshalb ist diese Haushaltsdebatte auch eine Debatte über die Frage, in welche Richtung die Europäische Union sich entwickeln soll. Es geht nicht um Geld. Wir haben uns beim Geld geeinigt. Ich glaube, dass das eine wichtige Botschaft ist, auch für die Wählerinnen und Wähler (...). Wir sind beim Geld als Parlament auf die Forderungen des Vereinigten Königreichs eingegangen: 2,91 % Steigerung der Ausgaben – nicht der Verpflichtungsermächtigungen, sondern der Ausgaben.

Worum geht es also, wenn es nicht um Geld geht? Es geht um die Rechte des Europäischen Parlaments. (...) Nichts, was dieses Parlament fordert, steht außerhalb des Vertrages. Wenn wir über Eigenmittel reden, reden wir über den Artikel 311 des EU-Vertrages. Wenn wir über die mittelfristige Finanzplanung reden, dann reden wir über ein Verfahren, das im Vertrag vorgesehen ist, und zu dem eine Verordnung erlassen werden muss. Und wenn wir über die Flexibilität im Haushalt reden, dann reden wir über das gegenseitige Interesse der Regierungen, der Kommission und des

Parlaments, im Rahmen der Haushaltsregeln in die Lage versetzt zu werden, auf kurzfristige Notwendigkeiten flexibel reagieren zu können. Es geht nicht um Mehrausgaben, es geht um die Effektivität, wie Europa regiert wird (...).

Welches nationale Parlament würde akzeptieren, dass sein zentrales Recht, das Haushaltsrecht, überlagert werden kann durch einen exekutiven Willen? Und die 27 Regierungen der Europäischen Union sind Exekutiven. Es kann aber nicht sein, dass in Europa die Demokratie auf den Kopf gestellt wird. Es ist so, dass das Parlament den Haushalt erlässt, und dass das Parlament die Exekutive kontrolliert. Was nach dem Willen der britischen Regierung hier laufen soll, ist, dass 27 Regierungen das Parlament kontrollieren. Und das ist das Gegenteil von parlamentarischer Demokratie. (...)

Die mittelfristige Finanzplanung, die Flexibilitätsklausel und die Eigenmittel sind die drei Elemente, über die wir mit dem Rat verhandeln müssen, nicht über Geld. (...) Der Rat muss wissen: Diese drei Elemente betreffen nicht Mehrausgaben, sondern Rechte, und ein Parlament, das zulässt, dass seine Rechte von welcher Regierung auch immer beschnitten werden, dieses Parlament sollte aufhören zu arbeiten.

Meine Fraktion hat deshalb beschlossen: Entweder wir einigen uns auf diese Forderungen, (...) oder es gibt keinen Haushalt.“

O-Ton

"Wir können nicht akzeptieren, dass Parlamentarier ihre Kollegen mit Erinnerungen an die schlimmsten Stunden unserer Geschichte beleidigen.“

Erklärung der großen Fraktionen nach den Äußerungen von Godfrey Bloom in Straßburg, S&D-Fraktionschef Martin Schulz sei ein "undemokratischer Faschist"

Zwischenbilanz der EU-Beitrittsverhandlungen

Wie jedes Jahr im Herbst, veröffentlichte die Europäische Kommission auch dieses Jahr, am 9. November, ihre "Fortschrittsberichte". Diese dokumentieren als eine Art Reifezeugnis für jeden Beitrittskandidaten die Fortschritte des Landes auf seinem Weg nach Europa. Für die vier Beitrittskandidaten, mit denen Verhandlungen eröffnet wurden, kam die Kommission zu folgendem Ergebnis:

Kroatien erzielte viele Fortschritte. Hinsichtlich der Justiz- und Verwaltungsreformen, Minderheitenrechte, Flüchtlingsrückkehr und Aufarbeitung von Kriegsverbrechen müssen jedoch weitere Anstrengungen unternommen werden. Kroatien verfügt über eine funktionierende Marktwirtschaft, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen wurde, so dass hier noch wirksame Maßnahmen notwendig sind.

Mazedonien erfüllt die politischen Kriterien zufriedenstellend. Zudem hat das Land bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft weitere Fortschritte erzielt. Im öffentlichen Beschaffungswesen, der Informationsgesellschaft, Sozialpolitik und Beschäftigung sind nachhaltige Bemühungen nötig.

Regionalförderung nach 2013

Wie geht es künftig weiter mit der Regionalförderung in Europa? Diese Frage ist auch für Bayern nicht ganz unwichtig, in der aktuellen Förderperiode bekommt Bayern fast 900 Mio. Euro aus den Strukturfonds. Am 10. November gab die Kommission erste Antworten, als sie den sogenannten "5. Kohäsionsbericht" vorlegte.

Zunächst erläutert der Bericht die Erfolge der bisherigen Regionalpolitik – so wurden in der Zeit von 2000 bis 2006 über 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, kleine Unternehmen unterstützt und die Forschung angekurbelt.

Auch nach 2013 sollen alle Regionen Europas förderfähig bleiben – eine Forderung, für die wir Sozialdemokraten uns von Anfang an eingesetzt haben. Die Kommission schlägt außerdem eine stärkere thematische Konzentration vor, reichere Regionen sollen sich auf zwei bis drei Prioritäten beschränken.

Zudem soll die Rolle der Städte aufgewertet werden – in der aktuellen Förderperiode sind die besonderen Herausforderungen für Städte nicht immer angemessen berücksichtigt worden. Bis Ende Januar haben alle Interessierten Zeit, Anmerkungen zu den Vorschlägen einzureichen.

KW

Die **Türkei** hat Fortschritte erzielen können, insbesondere mit der Verfassungsreform. Im Bereich der Grundrechte, v.a. hinsichtlich der Gewährung der freien Meinungsäußerung, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die Türkei verfügt über eine funktionierende Marktwirtschaft mit einem beachtlichen Wirtschaftswachstum in 2010. Die Verhandlungen haben jedoch an Dynamik verloren und drohen in eine Sackgasse zu geraten, da die Türkei ihren Verpflichtungen bzgl. der Zollunion mit der EU nicht in vollem Umfang nachgekommen ist und sich erst verstärkt um die Normalisierung ihrer Beziehungen zum EU-Mitgliedsstaat Zypern bemühen muss.

Island erfüllt die politischen Kriterien und ist in der Lage, die drastischen Auswirkungen der Bankenkrise durch wirtschaftspolitische Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Vor allem in den Bereichen Fischerei, Landwirtschaft, Umwelt einschließlich dem Schutz von Wäldern, müssen noch erhebliche strukturelle Änderungen vorgenommen werden.

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßen die Fortschritte aller Beitrittskandidaten. Gleichzeitig fordern wir diese dazu auf, sich weiter ernsthaft anzustrengen und mit neuem Elan den Reformprozess voranzubringen. **WKD**

"Die EU will Heilpflanzen verbieten"



Diese Meldung geisterte in den letzten Wochen durch die Presse, bei einer Petition gegen die angeblich geplante EU-Richtlinie haben über 120.000 Menschen unterzeichnet. Es könne nicht sein, dass Kräuter, die in der Natur wachsen, plötzlich illegal werden, so der Tenor.

Aber: Die Meldung ist falsch. Ganz offensichtlich blieb unklar, worum es in der EU-Richtlinie 2004/24/EG eigentlich geht (die übrigens bereits 2005 umgesetzt wurde). Es geht gerade nicht darum, Heilpflanzen zu verbieten oder Kräutersammler zu kriminalisieren. Erst wenn diese Pflanzen als Medikamente industriell vermarktet werden sollen, müssen die Endprodukte auf Sicherheit und Wirksamkeit geprüft werden. Das ist ja auch im Sinne der Patienten.

Wieder mal wurde eine unnötige Panik verbreitet, dass "die in Brüssel Unsinn planen", ohne dass man sich vorher die Fakten angeschaut hat. **KW**

Bauern aufs Feld!

Mit Spannung erwarteten wir vergangene Woche die Reformideen der EU-Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Kommissar Ciolos mit einem Tag Verzögerung vorstellte. Wie bereits im Oktober-Newsletter geschildert, plant die Kommission künftig vor allem die Leistung öffentlicher Güter zu entlohnen und Klimaschutz und Biodiversität in den Fokus zu rücken. Dies begrüßen wir Sozialdemokraten, fordern aber durchdachte Anreize und eine leistungsfähige Balance zwischen Transparenz und Bürokratie. Wir wollen Bauern nicht an den Schreibtisch ketten, sondern treten für detaillierte Folgeabschätzung und möglichst großen Spielraum in der Umsetzung ein. Da EU-Vorgaben manchmal von den nationalen Regierungen zusätzlich verkompliziert werden, treten wir für bessere Kommunikation zwischen allen Beteiligten ein.

Ciolos schlägt vor, Bauern mit einer Grundversicherung zu unterstützen, die sich an einem EU-weiten Durchschnittsniveau der Direktzahlungen orientieren soll. Hier fordern wir die Koppelung der Direktzahlungen an das Lohnniveau des jeweiligen Landes. Drittens setzen wir uns für eine Mengenregelung der Milch ein, beispielsweise über eine gesamt-europäische Regulierungsstelle, die im Notfall aktiv werden und frühzeitig Warnungen aussprechen kann, falls der Markt zu übersättigen droht. Viertens möchten wir eine Stärkung der Marktmacht der Bauern durch z.B. Erzeugergemeinschaften auch über Ländergrenzen hinweg, um so über relevante Milchmengen zu verfügen, die die Verhandlungsmacht der Erzeuger gegenüber Großkonzernen stärken. **IE**

Zur Info >>>

Warum zanken Rat und Parlament?

Kern der in letzter Zeit häufigeren Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Rat ist der Vertrag von Lissabon. Nach Zustimmung aller Mitgliedstaaten ist er seit 1. Dezember 2009 in Kraft und verleiht den 736 EU-Abgeordneten des Parlaments, der einzigen direkt vom Volk gewählten EU-Institution, mehr Macht.

Die Formulierungen des Vertrags lassen Interpretationen zu, die jede Institution zu ihren Gunsten auslegt. Dies erwies sich in den vergangenen Wochen immer wieder als Problem. Im Fall der Haushaltsdebatte war es einer Minderheit der Regierungen ganz recht – darunter Großbritannien, die Niederlande und Deutschland – "Brüssel" als gefräßiges Monster darzustellen, das nur mehr Geld möchte.

Die institutionelle Frage, die vom Parlament im Sinne der Bürger ausgefochten wird, ließen sie unter den Tisch fallen.

Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel...



Der Einladung von **Kerstin Westphal**, MdEP zu einer Informationsfahrt ins Europäische Parlament nach Straßburg folgten 40 Bürgerinnen und Bürger aus Franken. Im Verlauf des 3-tägigen Aufenthaltes erlebten die Teilnehmer eine Stadtrundfahrt mit Besichtigung des Straßburger Münsters sowie einen Ausflug nach Colmar mit seinen idyllischen Fachwerkhäusern und ein Abendessen mit der fränkischen Abgeordneten.

Höhepunkt des Programms war das Gespräch mit **Kerstin Westphal** im Parlament, wo sie über ihren Arbeitsalltag in den Ausschüssen für regionale Entwicklung sowie Binnenmarkt und Verbraucherschutz berichtete und auch auf die Zukunft der Regionalförderung einging, die auch für Bayern große Bedeutung besitzt.

Für Kollege **Bernd Lange**, zuständig für internationalen Handel, bleibt ehrgeiziges Ziel, die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken und auf dem Energiesektor die erneuerbaren Energien weiter zu entwickeln. Beide MdEP's stellten sich den vielseitigen Fragen der Seminarteilnehmer, u.a. zur aktuellen Irland-Krise. Ganz aktuell konnten die Abgeordneten auch ihre Einschätzung der Krise bezüglich des europäischen Haushalts 2011 schildern. Beim anschließenden Plenarbesuch des Europäischen Parlaments konnte die Gruppe eine Debatte zur „Neuen Energiestrategie für Europa bis 2020“ miterleben.

Den Schlusspunkt setzte der Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo es allein 2009 aus Deutschland 3000 Beschwerden gab.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin
 Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar,
 Maria von Stern und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
thorsten.kaestl@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Thorsten Kästl Katja Reitmaier
 Bürozeiten:
 Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr